

Einfache Anfrage Dudli-Werdenberg vom 30. Mai 2007

Kantonsratskandidaturen von Staatsangestellten

Schriftliche Antwort der Regierung vom 4. Dezember 2007

Josef Dudli-Werdenberg weist im Zusammenhang mit den bevorstehenden Kantonsratswahlen darauf hin, dass eine gesetzliche Auflistung der nicht wählbaren Staatsangestellten fehlt. Er richtet vier Fragen an die Regierung.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Wählbarkeit und die Amtsausübung des Amtes sind getrennt voneinander zu beurteilen. Für die Kandidatur ist einzig die Wählbarkeit nach Art. 33 der Kantonsverfassung (abgekürzt KV) massgebend. Wählbar sind alle Schweizerinnen und Schweizer, die das 18. Altersjahr vollendet haben und nicht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind. Zur Ausübung eines Kantonsratsmandates durch Mitarbeitende des Staates bedarf es nach geltender Ordnung der Zustimmung der Wahlbehörde (Art. 59 der Verordnung über den Staatsdienst [abgekürzt VStD]). Die Regierung hat in einer speziellen Richtlinie konkretisiert, dass diese Ermächtigung nicht erteilt werden kann, wenn die betroffenen Mitarbeitenden der direkten Weisungsgewalt der Departementsvorsteherin bzw. des Departementsvorstehers unterstehen. Darunter fallen namentlich Generalsekretärinnen und -sekretäre einschliesslich deren Stellvertretung sowie Amtsleiterinnen und Amtsleiter einschliesslich Stellvertretung. Die Bewilligung ist ebenfalls zu verweigern bei Leiterinnen und Leitern kantonaler Anstalten, kantonaler Spitäler sowie kantonaler psychiatrischer Kliniken, wobei auch hier die jeweilige Stellvertretung eingeschlossen ist. Keine Bewilligung erhalten zudem Mitarbeitende, die zuhanden der Departementsleitung Vorlagen für die Regierung vorbereiten, namentlich Mitarbeitende der Rechtsdienste, sowie Personen, die in Stabsstellen der Regierung und des Kantonsrates tätig sind.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Es trifft zu, dass die gesetzliche Umsetzung von Art. 56 Bst. c KV, d.h. die Bezeichnung der Staatsangestellten, die nicht dem Kantonsrat angehören dürfen, noch nicht erfolgt ist. Die Regierung hat bereits in der Beantwortung der Interpellation 51.06.82 «Stand der Umsetzung der Kantonsverfassung» ausgeführt, dass eine entsprechende Vorlage im Jahr 2008 dem Kantonsrat zugeleitet werden soll. Im Vordergrund steht eine Anpassung der dienstrechtlichen Bestimmungen im Staatsverwaltungsgesetz (abgekürzt StVG). Der Umkehrschluss, dass mangels gesetzlicher Auflistung der Ausnahmen alle Staatsangestellten dem Kantonsrat angehören könnten, ist indessen nicht zulässig. Rechtmässigkeit und Gesetzmässigkeit der durch die Regierung erlassenen Richtlinien zur Ausübung eines Kantonsratsmandates lassen sich unmittelbar aus dem StVG (Art. 95 Bst. g) herleiten. Das Weisungsrecht der Regierung ist in Art. 1 Abs. 2 VStD ausdrücklich normiert und umfasst zweifellos auch die Richtlinien zur Konkretisierung von Art. 59 VStD.
2. Mit Blick auf das Weisungsrecht der Regierung ist es formalrechtlich ohne weiteres zulässig, die bestehenden Richtlinien zur Ausübung eines Kantonsratsmandates bis zur gesetzlichen Umsetzung von Art. 56 Bst. c KV weiterhin anzuwenden. Im Rahmen dieser Umsetzung dürften materiellrechtlich keine wesentlichen Anpassungen zu erwarten sein. Einer Anwendung der bestehenden Richtlinien auch für die bevorstehenden Kantonsratswahlen steht somit auch unter diesem Gesichtspunkt nichts entgegen.

3. Es ist nicht vorgesehen, weiteren Personenkreisen die Ausübung des Kantonsratsmandates zu untersagen.
4. Wie bereits eingangs erwähnt, kann der Staat als Arbeitgeber die Zustimmung zur Ausübung eines öffentlichen Amtes verweigern. Er ist aber nicht befugt, die Kandidatur als solches zu verhindern. Die Regierung wird die Departemente zu Händen der Amtsleitungen entsprechend informieren.